



**ILRES-UMFRAGE ERGIBT EINDEUTIGEN  
HANDLUNGS-AUFTRAG AN DIE  
REGIERUNG:**

**Erhalt der Lebensgrundlagen und**

**Frage der gesellschaftlichen**

**Prioritäten als zentrale**

**Herausforderungen**



## Vorbemerkung:

Das Meinungsforschungsinstitut ILRES hat, im Auftrag des Mouvement Ecologique, zwischen dem 27. September und dem 4. Oktober 2023 eine repräsentative Umfrage bei 1012 Einwohner:innen durchgeführt. Dabei handelt es sich um einen repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung bezüglich soziodemographischer Daten (u.a. Altersgruppen, Geschlecht). Erfasst wurden in Luxemburg lebende Menschen ab 16 Jahren. Davon hatten 59,4% die Luxemburger Nationalität.

Den Teilnehmenden wurde erst zum Schluss der Umfrage mitgeteilt, wer der Auftraggeber der Analyse war. Damit sollten evtl. Verzerrungen in der Meinungsäußerung vermieden werden.

Die Fragen zielen darauf ab, die Wertevorstellungen, die Einschätzung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmodells, die Lebenseinstellungen sowie die Erwartungen der Teilnehmenden im Bereich der nachhaltigen Entwicklung an die Regierung in Erfahrung zu bringen.

Im Folgenden werden die zentralen Aussagen dargestellt und kommentiert. Dabei werden sie in aller Objektivität wiedergegeben, jedoch auch aus der Sicht des Mouvement Ecologique kommentiert.

**Die Details der Umfrage (u.a. genaue Fragestellung, Antworten je nach Alter, Geschlecht, Einkommen) finden Sie auf [www.meco.lu](http://www.meco.lu).**

-----

*Wichtige Anmerkung: Es gibt in den Aussagen durchaus Unterschiede zwischen Altersgruppen, Regionen, Geschlechtern, Einkommensklassen usw.*

*In der folgenden Auswertung wird einige Male auf derartige Differenzen verwiesen. Eine detailliertere Betrachtung der Unterschiede in den verschiedenen Themenbereichen wäre sicherlich eine interessante darüber hinaus gehende Herausforderung für interessierte Akteure.*

*Kurze Anmerkung: Aufgrund von auf- oder abgerundeten Werten können die Antworten zwischen 99% und 101% variieren.*

## Impressum

**Herausgeber**  
**MOUVEMENT ECOLOGIQUE ASBL**  
6, rue Vauban - L - 2663 Lëtzebuerg  
Tel. 43 90 30-1 · E-Mail: [meco@oeko.lu](mailto:meco@oeko.lu)

**Öffnungszeiten**  
Montags bis Donnerstags: 8-12 und 14-17 Uhr  
Freitags: 8-12 Uhr, Nachmittags geschlossen.

**[www.meco.lu](http://www.meco.lu)**

**Unterstützen Sie den Mouvement Ecologique  
durch Ihre Mitgliedschaft:  
[www.meco.lu](http://www.meco.lu) oder  
via Telefon. 439030-1**

*Printing Ossa, Niederanven  
Oktober 2023*

# Der Verlust von Arten und Lebensräumen:

## Das Thema liegt einer breiten Mehrheit am Herzen

Die Klimakrise, und in minderm Masse die Biodiversitätskrise, werden in den Medien weitaus häufiger kommentiert als noch vor Jahren. In Diskussionen wird wohl deshalb z.T. die These angeführt, die Menschen würden dieser Themen überdrüssig werden.

Die Umfrage ergibt jedoch ein anderes Bild.

Auf die Frage, wie hoch die Zustimmung auf folgende Aussage ist „Es ist wissenschaftlicher Konsens, dass die Klimaveränderung und der Verlust an Arten und ihren Lebensräumen negative Konsequenzen für die Menschen haben werden“ gibt eine Mehrheit der Teilnehmenden von 54% an, über diese Themen würde nicht genug in der Öffentlichkeit gesprochen und bejaht die Aussage: „Ich finde es müsste noch mehr über diese Themen in der Öffentlichkeit gesprochen werden“.

Nur 12% sind der Überzeugung sie würden in der Öffentlichkeit zu viel Aufmerksamkeit erhalten und stimmen der Meinung zu: „Ich finde diese Themen erhalten zu viel Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit“.

28% erachten die Aufmerksamkeit, die sie erhalten, als angemessen: „Ich finde diese Themen erhalten eine angemessene Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit“. 6% wissen es nicht.

Wobei es regionale Unterschiede gibt. Die Menschen, die im Zentrum und Osten leben, geben zu 60% an, es müsse mehr über diese Themen gesprochen werden, im Norden hingegen „nur“ 42%.



Die breite Mehrheit der Teilnehmenden erwartet somit, dass dem Klima- und Biodiversitätsschutz in der Öffentlichkeit mehr Bedeutung beigemessen werden soll.



? Es ist wissenschaftlicher Konsens, dass die Klimaveränderung und der Verlust an Arten und ihren Lebensräumen negative Konsequenzen für die Menschen haben werden. Welche der folgenden Aussagen teilen Sie am ehesten?

Basis: 1012

- |     |  |
|-----|--|
| 54% | Ich finde es müsste noch <b>mehr</b> über diese Themen in der Öffentlichkeit gesprochen werden |
| 28% | Ich finde diese Themen erhalten eine <b>angemessene</b> Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit   |
| 12% | Ich finde diese Themen erhalten <b>zu viel</b> Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit            |
| 6%  | Ich weiß es nicht  |

# Eindeutige Botschaft: Der Erhalt von Natur und Landschaft bereitet Sorgen - diesem muss eine politische Priorität eingeräumt werden!

Die Einstellungen zu Fragen betreffend den Erhalt unserer Natur und Landschaft geben klare Erwartungshaltungen wieder:

## - Es muss mehr zu deren Schutz unternommen werden

65% der Teilnehmenden stimmen der Aussage zu: „Ich mache mir große Sorgen um den Zustand der Natur, deshalb sollte ihrem Erhalt grundsätzlich bei Entscheidungen Priorität eingeräumt werden, auch wenn dies teilweise mit Einschränkungen verbunden wäre“. Lediglich 15% der Befragten lehnen diese Aussage ab, 20% stimmen ihr weder zu noch lehnen sie sie ab.



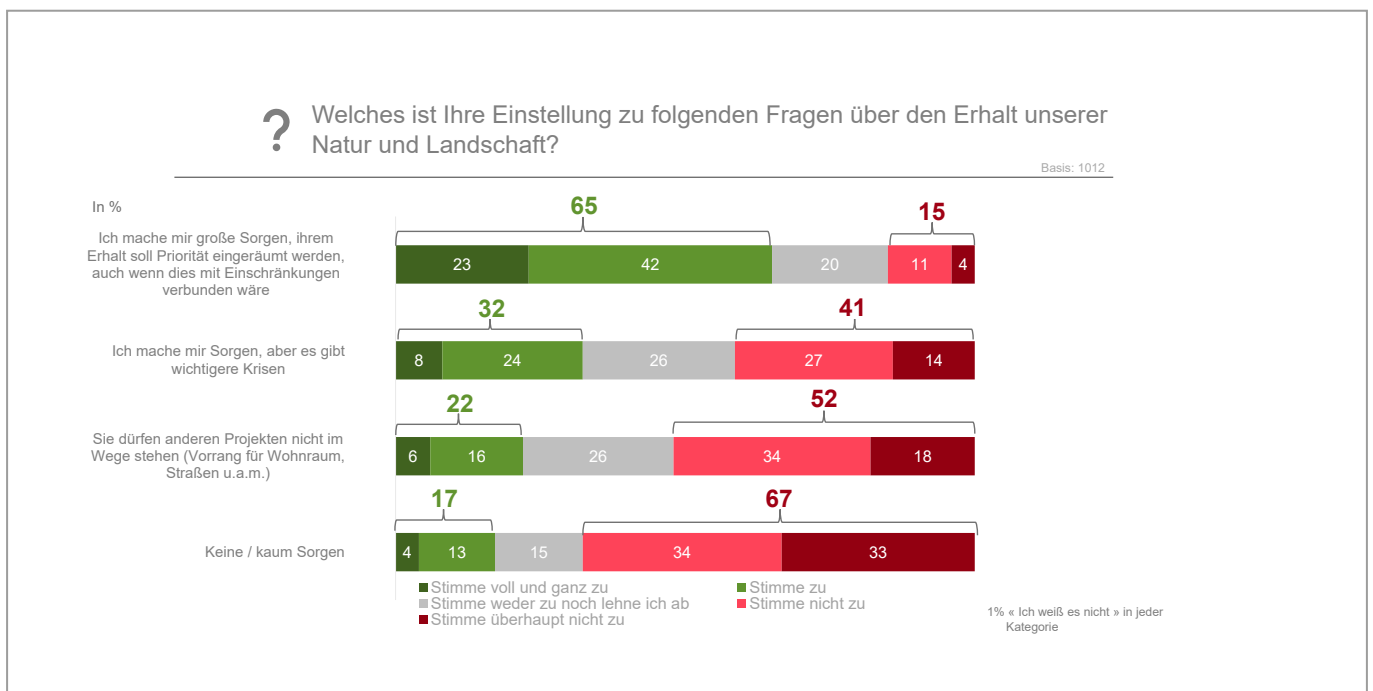
Die Aussage ist eindeutig: Die Menschen erwarten sich, dass weitaus konsequenter zum Schutz der Biodiversität und der Landschaft gehandelt wird!

## - Die Biodiversitätskrise – von hoher Bedeutung, unabhängig von anderen Krisen

Aufschlussreich sind die Antworten auf die Frage, in welcher Relation die Menschen die Biodiversitätskrise zu anderen Krisen sehen.

Die Aussage: „Ich mache mir zwar Sorgen um den Zustand der Natur, denke aber, dass es wichtigere Krisen zu bekämpfen gibt“ lehnen 41% der Befragten ab, 32% stimmen ihr zu. Hoch ist der Anteil jener, die der Aussage weder zustimmen noch sie ablehnen: 26% (1% ich weiß es nicht).

Diese Frage zeigt durchaus auf, wie sehr andere aktuelle Krisen die Menschen belasten. Trotzdem ist ein höherer Anteil der Befragten der Überzeugung, die Biodiversitätskrise dürfe nicht aufgrund anderer Krisen vernachlässigt werden, als jene, die gegenteiliger Meinung sind.



## - Im Zweifelsfalle: Priorität auf den Erhalt von Natur und Landschaft z.B. gegenüber Straßen- und Wohnungsbau

52% lehnen zudem ab, dass der Schutz der Biodiversität aufgrund von Projekten, z.B. im Straßen- oder Wohnungsbau zurückstehen, sollte. Sie lehnen folgende Aussage ab: „Naturschutz darf Projekten nicht im Wege stehen. Die Schaffung von Wohnraum, neue Straßen u.a.m. muss Vorrang haben“, nur 22% stimmen ihr zu. Der Anteil der Befragten, die der Aussage weder zustimmen noch sie ablehnen, ist jedoch mit 26% hoch (1% „ich weiß es nicht“).



Die Teilnehmenden treten in der Mehrheit dafür ein, dem Erhalt der Biodiversität einen sehr hohen Stellenwert bei politischen Entscheidungen einzuräumen und ihm Vorrang vor dem Wohnungs- sowie dem Straßenbau zu geben.

## Auch unabhängig von anderen Krisen - Luxemburg nachhaltiger gestalten!

Anregend sind die Antworten auf die Frage, wie Luxemburg sich im Umgang mit den Krisen situieren soll. Die Frage an die Teilnehmenden war: „Luxemburg bleibt nicht verschont von den vielfältigen und oft zusammenhängenden internationalen Krisen. Welche Konsequenzen sollte die Regierung daraus ziehen?“

- Die meisten, nämlich 46% der Teilnehmenden, stimmen der Aussage zu, dass unsere Wirtschaft unabhängiger vom Weltgeschehen und nachhaltiger gestaltet werden soll: „Die Krisen verdeutlichen, dass die nächste Regierung einige Anstrengungen unternehmen muss, damit Luxemburg nachhaltiger und Teile der Wirtschaft unabhängiger vom Weltgeschehen werden.“
- 24% befürworten die Aussage, unser Modell müsse sogar tiefgreifend überdacht werden: „Gerade die Krisen verdeutlichen, dass unser Wirtschafts- und Sozialmodell tiefgreifend überdacht werden muss“.

- Lediglich 23% geben an, Luxemburg wäre als kleines Land machtlos und wir sollten uns auf unsere Eigeninteressen konzentrieren: „Ein kleines Land wie Luxemburg kann kaum einen Beitrag zu den Lösungen dieser Krisen leisten. Deshalb soll sich die nächste Regierung auf die Sicherung der Lebensstandards und der Wirtschaft in Luxemburg konzentrieren.“

- 6% wissen es nicht



Die Mehrheit der Befragten befürwortet demnach eine Politik, die unser Land resilienter und nachhaltiger gestaltet und so manch einer tritt sogar für ein konsequentes Überdenken unseres Gesellschafts- und Wirtschaftsmodells ein.

? Luxemburg bleibt nicht verschont von den vielfältigen und oft zusammenhängenden internationalen Krisen. Welche Konsequenzen sollte die nächste Regierung daraus ziehen?

Basis: 1012

In %

46%	Die Krisen verdeutlichen, dass die nächste Regierung einige Anstrengungen unternehmen muss, damit <b>Luxemburg nachhaltiger</b> und Teile der Wirtschaft <b>unabhängiger</b> vom Weltgeschehen werden
24%	Gerade die Krisen verdeutlichen, dass unser Wirtschafts- und Sozialmodell <b>tiefgreifend überdacht</b> werden muss
23%	Ein kleines Land wie Luxemburg kann kaum einen Beitrag zu den Lösungen dieser Krisen leisten. Deshalb soll sich die nächste Regierung auf die <b>Sicherung der Lebensstandards und der Wirtschaft</b> in Luxemburg konzentrieren
6%	Ich weiß es nicht

# Hohe Bereitschaft für Verhaltensänderungen -

## Subventionen und Regeln sind gleichermaßen notwendig

Von eminenter Bedeutung ist die Frage, wie die Politik die Klima- und die Biodiversitätskrise angehen soll. Wo denken die Teilnehmenden, dass die politischen Prioritäten gesetzt werden sollen? (Anmerkung: falls nicht anders angeführt geben 2% an, sie wüssten es nicht)

### - Für Subventionen

72% treten für Subventionen ein und stimmen der Aussage zu: „Die Politik soll durch Subventionen dafür sorgen, dass sich sowohl auf Verbraucher- wie auf der Produktionsseite umweltschonendes Verhalten und Herstellungsweisen stärker durchsetzen.“ (lediglich 10% lehnen sie ab, 16% stimmen weder zu noch lehnen sie sie ab).

### - Für Regeln und Vorgaben

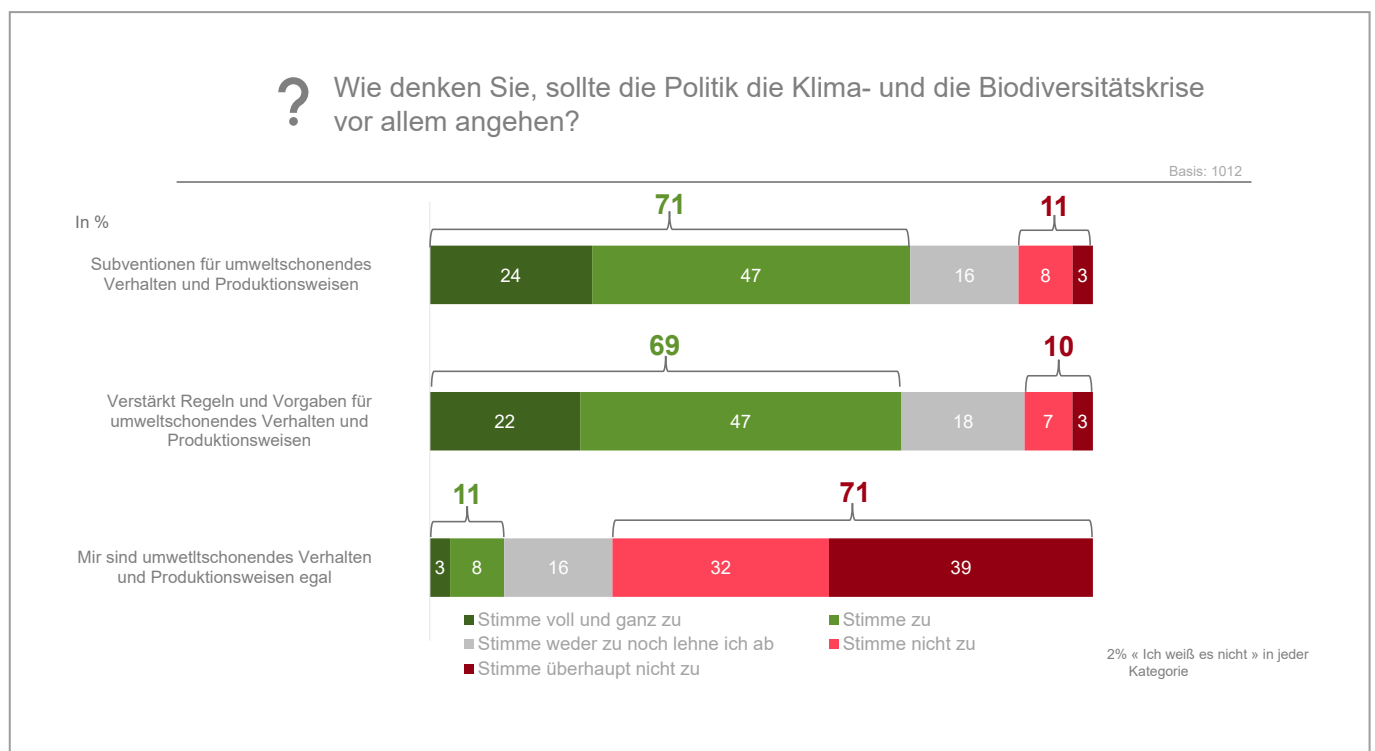
69% stimmen dem Standpunkt zu, es sollten verstärkt Regeln eingeführt werden: „Die Politik soll verstärkt gesetzliche Regeln und Vorgaben machen, damit sich umweltschonendes Verhalten und Produktionsweisen stärker durchsetzen.“ (11% nicht einverstanden, 18% stimmen der Aussage weder zu noch lehnen sie sie ab).

### - Zustimmung zur Bedeutung von umweltschonendem Handeln und Produktionsweisen

71% der Teilnehmenden lehnen die Aussage ab - gegenüber 11%, die ihr zustimmen - umweltschonendes Verhalten und Produktionsweisen wären ihnen egal: „Mir sind umweltschonendes Verhalten und Produktionsweisen egal.“ 16% stimmen ihr weder zu noch lehnen sie sie ab.



*Diese Fragestellung müsste sonder Zweifel vertieft werden. Aber: es ist interessant, dass die Teilnehmenden für einen "Mix" an Instrumenten eintreten: Sowohl finanzielle Anreize als auch Regeln und Vorgaben finden eine breite Zustimmung. Es ist an der Politik, so die Interpretation des Mouvement Ecologique, abzuwägen, wann welches Instrument eingesetzt werden soll. Relevant ist dabei aber, dass die absolute Mehrheit angibt, wie wichtig ihnen umweltschonendes Verhalten und entsprechende Produktionsweisen sind.*



# Eindeutiges Bekenntnis zu «Méi Gréngs an den Uertschaften», ebenfalls mit klaren Vorgaben

Wie sollen die Gemeinden auf die Zunahme der Wetterextreme reagieren? Auch in diesem Bereich ist die Meinung der Teilnehmenden aussagekräftig, wie die Antworten auf folgende Fragen aufzeigen: „Wie soll sich ihre Gemeinde angesichts der häufigeren und intensiveren Wetterextremen (Hitzewellen, Starkregen, Überschwemmungen, Dürren, usw.) entwickeln?“.

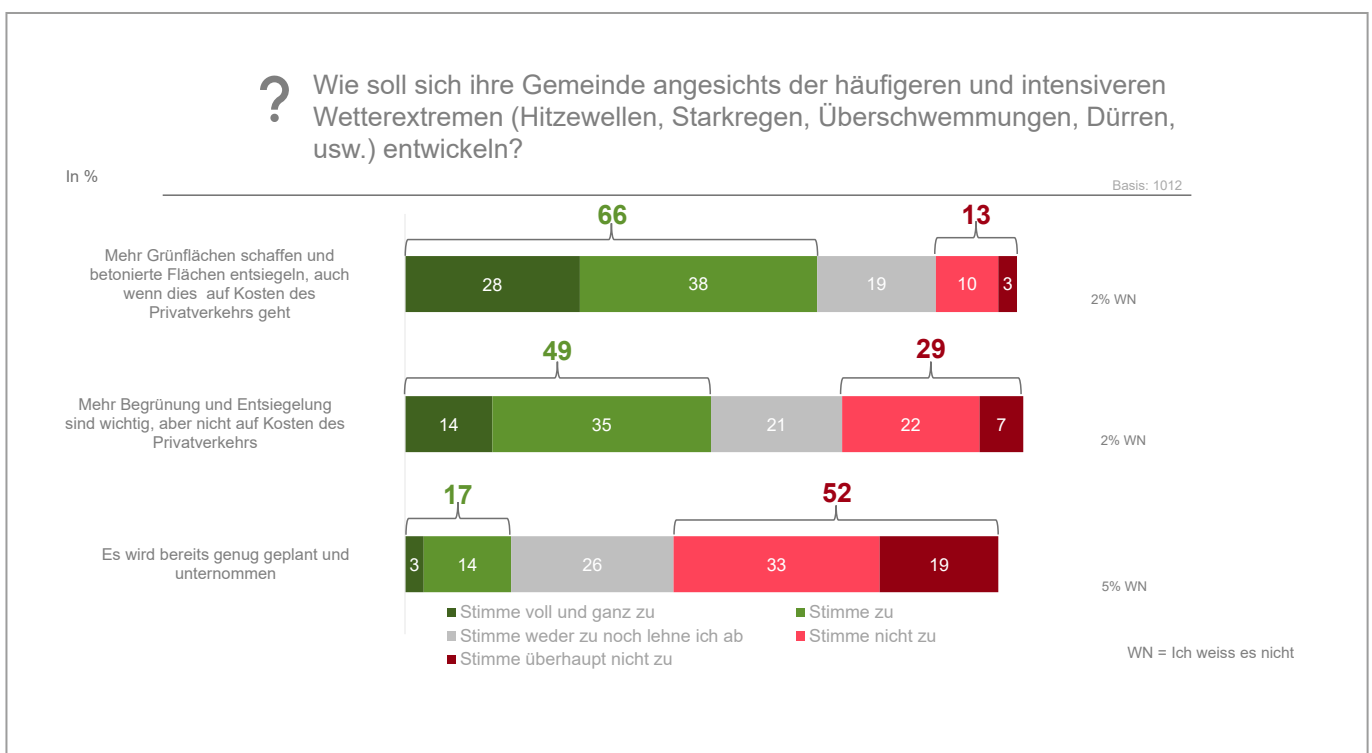
## - Zustimmung für mehr Grünflächen und Entsiegelung, ggf. auf Kosten des Autoverkehrs

- \* 66% stimmen der Aussage zu, es sollten mehr Grünflächen geschaffen und betonierte Flächen entsiegelt werden, dies auch, wenn es auf Kosten des Privatverkehrs geht: „Es sollen mehr Grünflächen geschaffen und betonierte Flächen entsiegelt werden. Diese schützen vor Wetterextremen und sind Begegnungsorte für Menschen. Ich befürworte diese Initiativen, auch wenn sie auf Kosten des Privatverkehrs gehen.“ Nur 13% der Befragten lehnen diese Maßnahme ab, 19% lehnen sie weder ab noch stimmen sie ihr zu (2% wissen es nicht).
- \* Etwas kniffliger wird es bei folgender Aussage: „Ich halte mehr Begrünung und Entsiegelung für wichtig, jedoch sollte dies nicht auf Kosten des Privatverkehrs erfolgen.“ Dieser stimmen 49% der Teilnehmenden zu – nur 28% lehnen sie ab. 21% stimmen ihr weder zu, noch lehnen sie sie ab (2% wissen es nicht).

Die Mehrzahl der Befragten tritt somit für mehr Grünstrukturen in den Gemeinden ein.

Bei der Frage, ob dies auch auf Kosten des Individualverkehrs gehen darf, scheint eine z.T. ambivalente Meinung vorzuherrschen. Fakt ist aber, analysiert man die Resultate bei dieser Fragestellung detaillierter: Handeln für „mehr Grün“ stößt auf weitaus mehr Zustimmung als nicht Handeln.

Die hohe Anzahl der Personen, die keiner Sichtweise zustimmen, zeigt zudem auf, dass eine gestaltende Politik, die mit Argumenten für Veränderungen wirbt, durchaus auf offene Ohren treffen könnte / würde.



## - Für gesetzliche Vorschriften

Spannend ist zudem, dass die Mehrheit der Befragten, 58%, für gesetzliche Vorgaben eintritt und folgender Aussage zustimmt: „Sollte es für Privatpersonen und Unternehmen gesetzliche Vorschriften bezüglich der Begrünung und Entsiegelung ihrer Grundstücke geben?“. Nur 24% lehnen sie ab (19% „ich weiß es nicht“).

Der Auftrag ist klar: die Durchgrünung der Ortschaften soll auch verstärkt über gesetzliche Vorgaben sichergestellt werden.

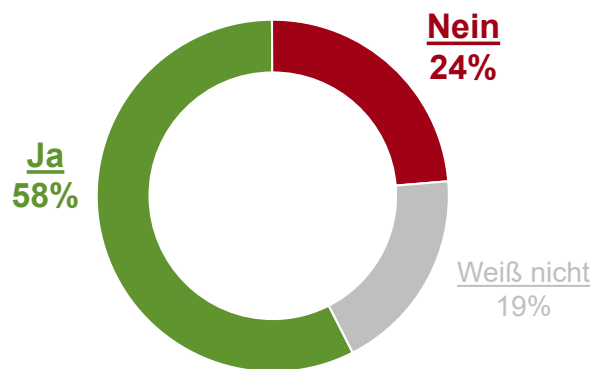
## - Mehr Anstrengungen zur Durchgrünung der Ortschaften

Nur 17% der Teilnehmenden finden, die Gemeinden wären bereits ausreichend aktiv und befürworten die Aussage: „Ich glaube, es wird bereits genug in dieser Hinsicht geplant und unternommen.“ 52% teilen die Aussage nicht, 26% lehnen sie weder ab noch stimmen sie ihr zu, 5% wissen es nicht. (Grafik siehe vorherige Seite).

Die Menschen erwarten demnach, dass das Thema an Bedeutung gewinnt. Sie erwarten sich stärkere Durchgrünungsmaßnahmen.

? Sollte es für Privatpersonen und Unternehmen gesetzliche Vorschriften bezüglich der Begrünung und Entsiegelung ihrer Grundstücke geben?

Basis: 1012





# Ja zu einer kohärenten Planung in einem nationalen Rahmen mit einer Begrenzung der kommunalen Autonomie

Für Diskussionen sorgt auch immer wieder die Frage, wie die „Balance“ zwischen staatlichen Vorgaben zur Entwicklung des Landes und der Gemeindeautonomie aussehen soll. Dieser Aspekt stellt auch bei dem neu erstellten sogenannten „programme directeur“ der Landesplanung ein wichtiges Thema dar.

Die Meinung der Teilnehmenden ist eindeutig. Bei der Frage: *„In welchem Ausmaß soll der Staat in die Entwicklung der Gemeinden eingreifen (z.B. inwiefern die einzelnen Gemeinden noch anwachsen sollen, wieviel Boden noch weiter versiegelt werden soll?)“* ergeben sich folgende Antworten:

- 66% treten dafür ein, dass der Staat einen gewissen Rahmen absteckt, um die Zersiedlung einzugrenzen sowie eine harmonische Entwicklung der Ortschaften zu fördern: *„Der Staat soll einen gewissen Rahmen für die Gemeinden abstecken, ansonsten riskiert Luxemburg immer stärker zersiedelt zu werden bzw. die Ortschaften unkoordiniert weiter zu wachsen.“*

- Nur 21% treten für eine weitergehende Gemeindeautonomie ein: *„Der Staat soll so wenig wie möglich eingreifen. Das Prinzip der Gemeindeautonomie sollte respektiert werden.“*
- Immerhin 13% haben keine Meinung.



*Die Mehrheit der Teilnehmenden sieht Grenzen für die Gemeindeautonomie und befürwortet eine gewisse staatliche Koordination in einem entsprechenden Rahmen. Dies lässt sich durchaus so interpretieren, dass eine stärkere Landesplanung erwünscht ist.*

? In welchem Ausmaß soll der Staat in die Entwicklung der Gemeinden eingreifen (z.B. inwiefern die einzelnen Gemeinden noch anwachsen sollen, wieviel Boden noch weiter versiegelt werden soll)?

Basis: 1012

In %

**Der Staat soll einen gewissen Rahmen für die Gemeinden abstecken, ansonsten riskiert Luxemburg immer stärker zersiedelt zu werden bzw. die Ortschaften unkoordiniert weiter zu wachsen**

**66%**



**Der Staat soll sich so wenig wie möglich eingreifen. Das Prinzip der Gemeindeautonomie sollte respektiert werden**

**21%**

Ich weiß es nicht 13%



# Klare Aussage: technischer Fortschritt alleine reicht nicht aus: ein Mentalitätswandel ist erforderlich

Die Frage, ob die Menschen glauben, der technische Fortschritt alleine würde die heutigen Probleme lösen, ist von fundamentaler Bedeutung. Geht es doch darum, ob die Meinung vorherrscht, grundsätzliche Reformen am heutigen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell seien notwendig oder ob der technische Fortschritt alleine die Probleme lösen kann.

Vor dem Hintergrund, dass sowohl der Weltbiodiversitäts- als auch der Weltklimarat angeben, Verhaltensänderungen seien unerlässlich, sind die Antworten auf folgende Frage deshalb besonders brisant: „Wie glauben Sie, kann unsere Gesellschaft und Wirtschaft die Klima- und Biodiversitätskrise bekämpfen?“.

- Nur 9% denken, der technische Fortschritt alleine reiche aus: „Der technische Fortschritt wird ausreichen, um die Klima- und Biodiversitätskrise zu bekämpfen.“
- Ein sehr hoher Prozentsatz von 74% gibt an, parallel müsse ein Mentalitätswandel stattfinden: „Technischer

*Fortschritt ist wichtig, wird alleine aber nicht ausreichen. Parallel brauchen wir auch Mentalitätsänderungen um die Klima- und Biodiversitätskrise zu bekämpfen.“*

- 9% sind fatalistisch und denken, dass eh nichts unternommen werden kann: „Wir können die Klima- und Biodiversitätskrise nicht bekämpfen.“

- 8% wissen es nicht.



*Die Aussagen sind unmissverständlich! Es besteht ein sehr hohes Bewusstsein dafür, dass auch ein Mentalitätswandel in der Art und Weise wie wir leben notwendig ist. Technischer Fortschritt ja, aber er alleine reicht nicht aus.*

? Wie glauben Sie, kann unsere Gesellschaft und Wirtschaft die Klima- und Biodiversitätskrise bekämpfen?

Basis: 1012

In %



**74%**

**Technischer Fortschritt ist wichtig, wird alleine aber nicht ausreichen. Parallel brauchen wir auch Mentalitätsänderungen (z.B. weniger materieller Konsum) um die Klima- und Biodiversitätskrise zu bekämpfen**

9% Der technische Fortschritt wird ausreichen, um die Klima- und Biodiversitätskrise zu bekämpfen

9% Wir können die Klima- und Biodiversitätskrise nicht bekämpfen

8% Ich weiß es nicht

# Grundsätzliche Einstellung zur Wachstumsfrage:

## Wohlstand sichern - Grenzen anerkennen -

## Gestaltungsfähigkeit der Politik nutzen

Zentral sind die Einstellungen der Befragten rund um die Wachstumsfrage. Nach dem einführenden Satz „Nach offiziellen Szenarien der Statec wird davon ausgegangen, dass die Bevölkerung und die Wirtschaft in den nächsten Jahren weiterhin stark anwachsen werden“ wurde die Einschätzung zu verschiedenen konkreteren Sichtweisen befragt. Die Antworten sind sehr aufschlussreich.

### - Kein eindeutiges Bild, inwiefern Wachstum zur Sicherung des Wohlstandes erforderlich ist

39% geben an, Wachstum wäre zur Sicherung des Wohlstandes erforderlich und stimmen der Aussage zu: „Wir brauchen dieses Wachstum um unseren Wohlstand zu sichern, auch wenn diese Entwicklung ggf. mit gewissen Nachteilen verbunden ist.“ 28% stimmen der Aussage nicht zu. Eine hohe Anzahl der Teilnehmenden von 27% stimmt der Aussage weder zu noch lehnt sie sie ab, 6% wissen es nicht.

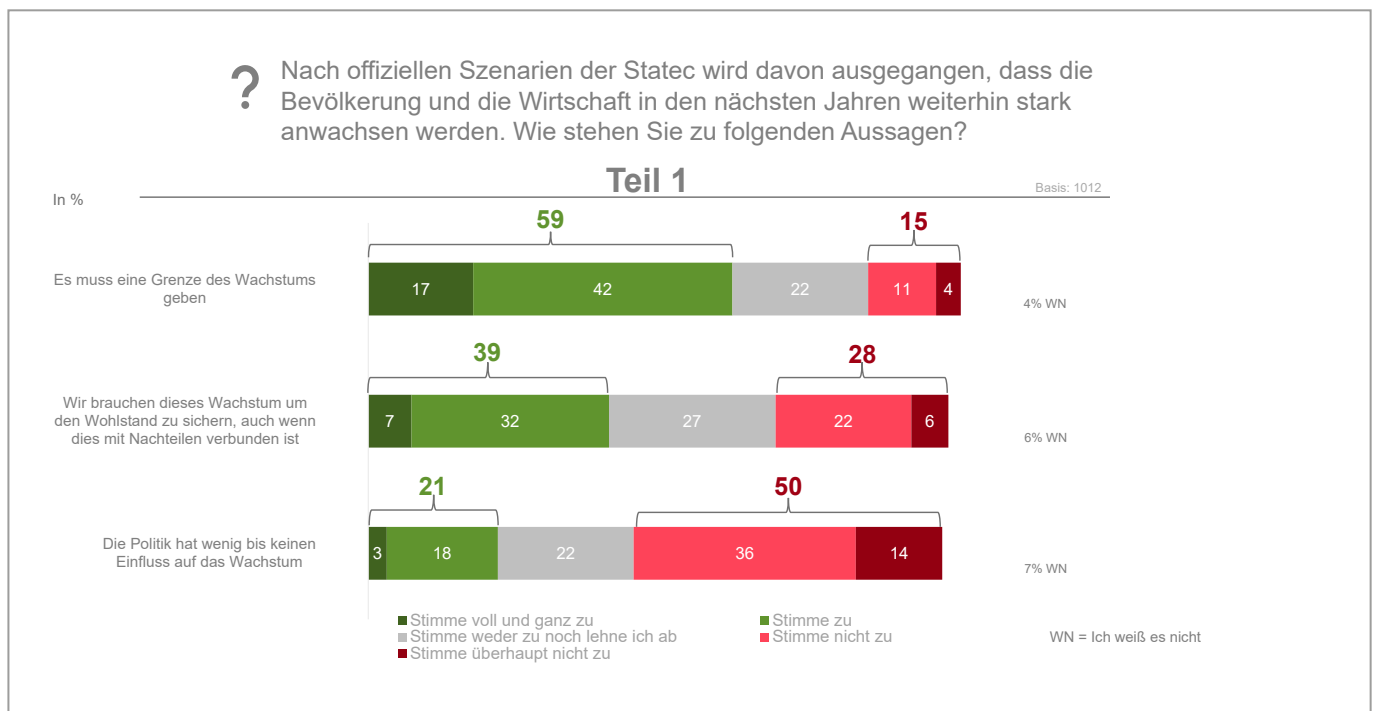
### - Klare Aussage: Grenzen des Wachstums anerkennen!

59% stimmen der Aussage zu - gegenüber 15% die gegenteiliger Meinung sind - es gäbe Grenzen des Wachstums: „Ich denke, dass es Grenzen des Wachstums geben muss.“ 22% stimmen der Aussage weder zu noch lehnen sie sie ab, 4% wissen es nicht.

### - Politik kann gestalten

50% der Befragten sehen einen Handlungsspielraum der Politik in Bezug auf eine Steuerung des Wachstums, gegenüber 21%, welche diese Meinung nicht teilen. So lehnen 50% der Teilnehmenden folgende Aussage ab: „Die Politik hat wenig bis gar keinen Einfluss auf das Wachstum, oder auf eine Begrenzung dieses Wachstums.“ 22% lehnen sie weder ab, noch stimmen sie ihr zu, 7% wissen es nicht. Bei dieser Fragestellung fällt auf, dass junge Menschen (16-24 Jahre) zu 36% die Aussage ablehnen, die Politik könne nicht steuern, gegenüber 60% der Teilnehmenden ab 65 Jahren und mehr.

*Die Antworten geben die Komplexität des Themas wieder. Die Mehrheit der Befragten ist der Meinung, dass es Grenzen des Wachstums geben muss. Sie machen sich jedoch Sorgen, was die Auswirkungen auf den Wohlstand sind. Dabei sehen sie aber durchaus den Handlungsspielraum der Politik und erwarten, so eine zulässige Interpretation, klares Handeln der Politik.*



# Wohnungsbau und öffentliche Einrichtungen als große Sorgen aufgrund des Wachstums - starkes Bekenntnis zu immateriellen gesellschaftlichen Werten

Sehr aufschlussreich ist, welche Bereiche den Menschen die meisten Sorgen in Bezug auf das Wachstum bereiten: „Welche mit dem Wachstum verbundenen Konsequenzen bereiten Ihnen am meisten Sorgen?“. Bei vorgegebenen Antwortmöglichkeiten ergab sich das in der Grafik dargestellte Ranking. Dabei gab es folgende Antwortmöglichkeiten (in der Reihenfolge aus der Umfrage):

- “- Die Probleme im Wohnsektor.
- Die öffentlichen Einrichtungen (Schulen, Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen usw.) sind dem Bevölkerungswachstum nicht gewachsen.
- Das zu starke Verfolgen des Konsums und materieller Werte anstelle anderer gesellschaftlicher und politischer Werte (soziales Miteinander, gute Arbeitsbedingungen, ausreichend Freizeit...) und dass dies auf Kosten der nächsten Generationen geht.
- Die übermäßige Nutzung von Ressourcen und Land.
- Schlechtere Umweltqualität (Luftqualität, Wasserverbrauch, viel Lärm,...).
- Dass ein wohlhabendes Land wie Luxemburg immer mehr Ressourcen benötigt und verbraucht, während eine weltweit gerechtere Verteilung des materiellen Wohlstands notwendig wäre.
- Die Herausforderungen im Bereich der Mobilität.“

Wie nicht anders zu erwarten, bereiten der Wohnungsbau und die Entwicklung der öffentlichen Einrichtungen in der Folge der Bevölkerungsentwicklung die meisten Sorgen.

Interessant ist, dass im Ranking der Sorgen der Menschen nicht nur Fragen der Infrastrukturen usw. stehen, sondern auch die Bedeutung der Werte sehr stark betont wird. Sprich die Zustimmung zur These zur Bedeutung des sozialen Miteinanders usw. gegenüber dem Konsum. Mit 48% findet diese Aussage fast ebensoviel Zuspruch wie die Sorge im Bereich Wohnungsbau.

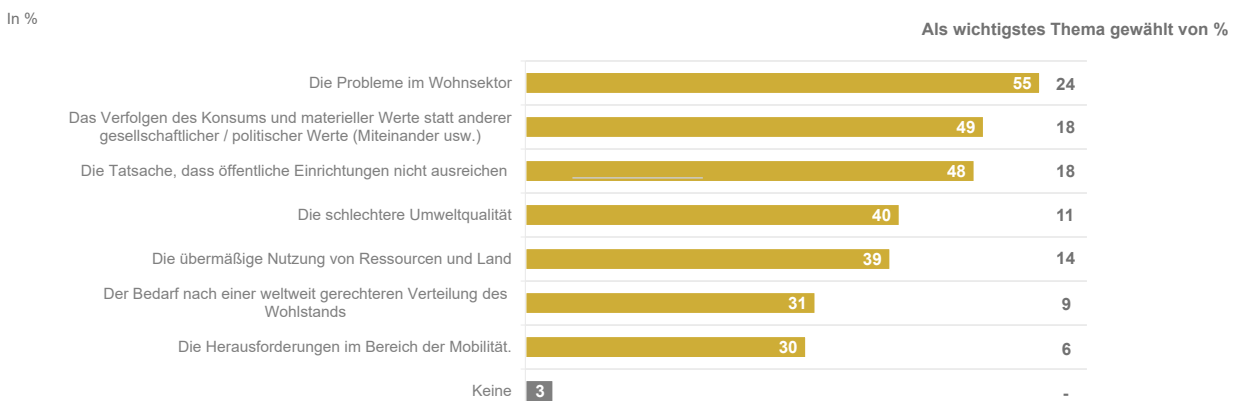


Die Sorgen um die Wachstumsfrage sind infrastruktureller Natur – aber auch sehr ausgeprägt eine Frage der gesellschaftlichen Werte.

Dies zeigt erneut auf, wie wichtig es ist, neben der Erfüllung der Grundbedürfnisse (wie Wohnen und andere Daseinsfunktionen) darüber zu diskutieren, wie wir uns gutes Leben vorstellen!

? Welche mit dem Wachstum verbundenen Konsequenzen bereiten Ihnen am meisten Sorgen?

Basis: 823 besorgt durch Wachstum / 801 besorgt durch Wachstum und Auswahl wichtigster Themen



# Wenn Wachstum, dann besser organisieren und prioritär in ökologischeren Branchen - die Bedeutung der Großregion valorisieren

## - Klares Ja zur Zusammenarbeit mit den Grenzregionen – aber eine Frage der Verteilung

\* 67% sehen die Bedeutung der Grenzregion und stimmen folgender Aussage zu: „Luxemburg sollte stärker mit den Grenzregionen zusammenarbeiten, im Sinne einer gemeinsamen Entwicklung.“ Nur 10% sind nicht einverstanden mit der Aussage, 19% stimmen ihr weder zu, noch lehnen sie sie ab, 4% wissen es nicht.

\* Ambivalenter sind jedoch die Antworten auf die Frage, wie die Verteilung der erwirtschafteten Einnahmen erfolgen soll. 33% stimmen folgender Aussage zu – fast ebenso viele, 32%, lehnen sie ab: „Die Grenzregionen sollen eine gerechte finanzielle Beteiligung entsprechend ihrem Anteil am luxemburgischen Wirtschaftswachstum erhalten.“ 28% stimmen der Aussage weder zu, noch lehnen sie sie ab, 7% wissen es nicht.

## - Primat für Wachsen in „ökologischeren“ Branchen

50% treten dafür ein, dass lediglich „ökologischere“ Branchen anwachsen sollen – nur 19% der Befragten lehnen dies ab: „Luxemburg soll nur in ausgewählten „ökologischeren“ Branchen wachsen, auch wenn dies vielleicht weniger Wachstum bedeutet.“ Eine hohe Anzahl von 25% der Befragten lehnt die Aussage weder ab, noch stimmt sie ihr zu. 5% geben an, es nicht zu wissen.

## - Eine gute Organisation kann zahlreiche Wachstumsfolgen in Grenzen halten

Die Mehrheit der Befragten ist dabei der Meinung, eine gute Organisation würde erlauben, die negativen Konsequenzen im Griff zu behalten. 51% stimmen folgender Aussage zu, nur 18% lehnen sie ab: „Wenn Luxemburg die mit dem Wachstum verbundenen Entwicklungen – Zunahme der Mobilität, Bedarf von Wohnungen – gut organisiert, dann werden sich die negativen Auswirkungen in Grenzen halten.“ 25% stimmen ihr weder zu noch lehnen sie sie ab, 6% wissen es nicht.

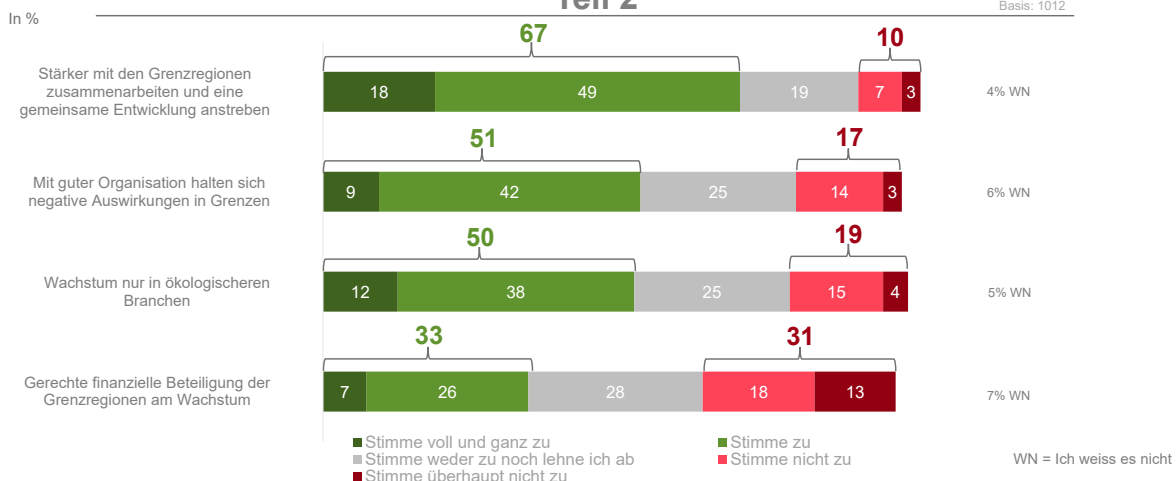


Die Aussagen der Mehrzahl der Teilnehmenden tritt nicht für ein generelles Wachstum ein, sondern ein Wachstum lediglich in ökologischen Bereichen (d.h. selektiv). Dabei gehen sie davon aus, dass durch ein gut organisiertes Wachstum die negativen Folgewirkungen in Grenzen gehalten werden können. Bei der Zusammenarbeit mit der Großregion gibt es unterschiedliche Sichtweisen, inwieweit der erwirtschaftete finanzielle Mehrwert verteilt werden soll.

? Nach offiziellen Szenarien der Stateg wird davon ausgegangen, dass die Bevölkerung und die Wirtschaft in den nächsten Jahren weiterhin stark anwachsen werden. Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?

### Teil 2

Basis: 1012



# Finanzierung des Sozialsystems unabhängiger vom Wachstum gestalten

Vom Mouvement Ecologique wird seit langem thematisiert, dass die Finanzierung des Sozialsystems unabhängiger vom Wachstum gestaltet werden soll. Diese Sichtweise wird von einer sehr großen Mehrheit der Befragten geteilt, wie die Resultate auf folgende Frage aufzeigen: „Das aktuelle Modell zur Finanzierung der Sozialsysteme (u.a. Pensionen) setzt das stete Wachstum unserer Wirtschaft und Bevölkerung voraus. Welche Meinung teilen Sie?“

- 56% stimmen der Aussage zu: „Wir müssen alternative Wege finden, um die Finanzierung unseres Sozialsystems unabhängiger vom Wachstum zu gestalten. Die nächste Regierung sollte eine Studie in Auftrag geben, um auszuloten welche alternativen Möglichkeiten es gibt und diese zur Diskussion stellen.“
- Lediglich 19% treten dafür ein, „Das Modell, bei dem die Finanzierung unseres Sozialsystems auf Wachstum angewiesen ist, kann beibehalten werden. Die nächste Regierung sollte daran festhalten.“
- 15% geben an, es nicht zu wissen. Wobei bei dieser Antwortmöglichkeit recht interessant ist, dass 23% der Menschen zwischen 16-24 Jahren angeben, sie würden es nicht wissen, jedoch nur 8% der über 65 jährigen.



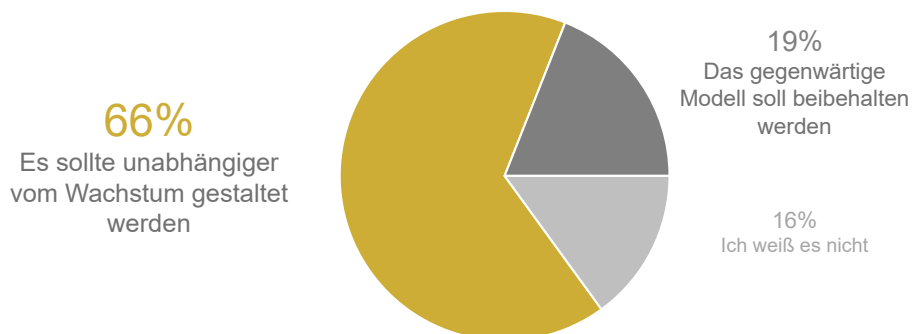
Ein eindeutiger Handlungsauftrag an die Regierung: Es soll nach Wegen gesucht werden, wie die Finanzierung des Sozialsystems unabhängiger vom Wachstum gestaltet werden kann



? Das aktuelle Modell zur Finanzierung der Sozialsysteme (u.a. Pensionen) setzt das stete Wachstum unserer Wirtschaft und Bevölkerung voraus. Welche Meinung teilen Sie?

Basis: 1012

In %



# Handlungsauftrag an die Regierung: Für eine nachhaltige Steuerreform und die Abschaffung umweltschädlicher Subventionen

Veränderungen im Sinne einer ökologischen Transition, lassen sich durch den Einsatz unterschiedlicher Instrumente erreichen. Die Frage, wie Umweltbelastungen den Verursachern angerechnet werden bzw. auf welche Weise der Staat heutige Formen von finanziellen Anreizen angehen sollte, ist dabei von besonderer Relevanz. Dies natürlich besonders in Zeiten begrenzter finanzieller Ressourcen bzw. erhöhter Lebenshaltungskosten. Was ist der Standpunkt der Teilnehmenden? „Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen in Bezug auf Ihre Erwartungen an die nächste Regierung zu?“ so die einführende Frage.

## - Für eine nachhaltige Steuerreform

69% der Teilnehmenden treten für eine nachhaltige Steuerreform ein, indem sie folgender Aussage zustimmen: „Die nächste Regierung soll eine (nachhaltige) Steuerreform durchführen, um umweltschädliches Verhalten stärker zu belasten. Die Einnahmen sollten genutzt werden, um umweltfreundliches Verhalten zu fördern und Menschen mit geringem Einkommen finanziell zu unterstützen.“ Lediglich 11% teilen diese Aussage nicht. 16% stimmen der Aussage weder zu noch lehnen sie sie ab, 4% wissen es nicht.

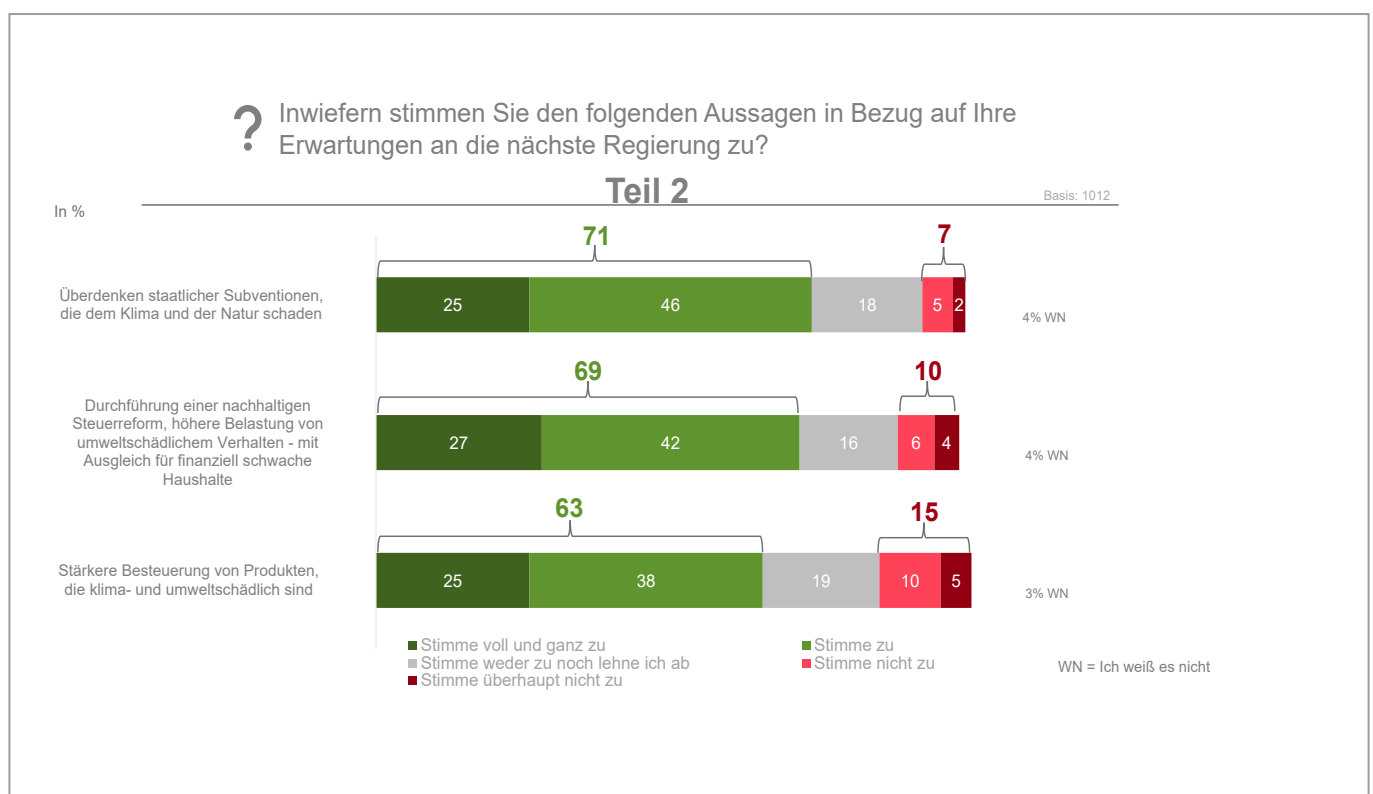
## - Schädliche staatliche Subventionen überdenken

71% treten dafür ein, umweltschädliche Subventionen zu überdenken: „Staatliche Subventionen die dem Klima und der Natur schaden, sollten überdacht werden.“ Lediglich 7% teilen diese Aussage nicht. 18% stimmen ihr weder zu, noch lehnen sie sie ab, 4% wissen es nicht.

## - Klima- und umweltschädliche Produkte stärker besteuern

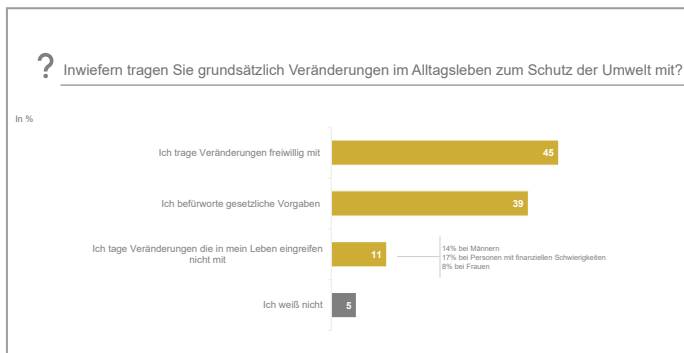
63% treten für eine stärkere Besteuerung umweltschädlicher Produkte ein und stimmen der Aussage zu: „Produkte, die klima- und umweltschädlich sind sollen stärker besteuert werden.“ 15% lehnen diese ab, 19 stimmen ihr weder zu noch lehnen sie sie ab, 3% wissen es nicht.

In diesem Themenbereich sind die Aussagen der Teilnehmenden eindeutig: eine nachhaltige Steuerreform soll her – schädliche staatliche Subventionen sollen abgeschafft und klima- und umweltschädliche Produkte stärker besteuert werden.



# Hohe Bereitschaft zum persönlichen Handeln

45% der Befragten geben an, grundsätzlich Veränderungen mitzutragen, wenn sie der Umwelt helfen: *“Ich persönlich bin grundsätzlich bereit, Veränderungen freiwillig mitzutragen, die in mein Leben eingreifen wenn ich weiß, dass sie der Umwelt helfen”*. 39% befürworten umweltschonendes Verhalten, sind dabei für gesetzliche Regelungen: *“Ich finde, dass umweltschonendes Verhalten stärker gesetzlich geregelt werden muss, damit auch alle mitmachen und somit auch ein reeller Nutzen für die Umwelt entsteht.”* Lediglich 11% geben an: *“Ich persönlich bin nicht bereit Veränderungen mitzutragen, die in mein Leben eingreifen. Es muss andere Wege geben.”*



Eine klare Ansage: die Bereitschaft freiwillig Verantwortung zu übernehmen ist sehr hoch – ebenso wie die Forderung nach gesetzlichen

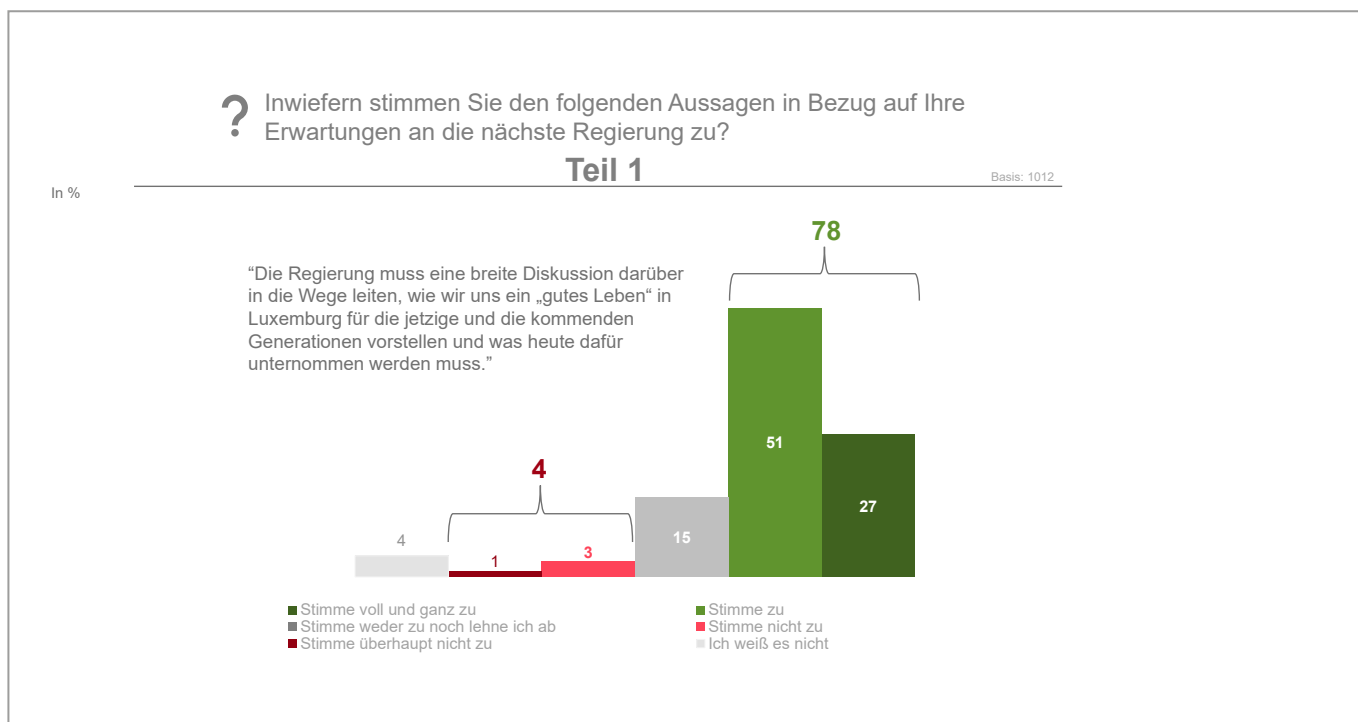
Regelungen. Lediglich 11% lehnen Veränderungen im Privaten ab.

## Was bedeutet «Gutes Leben»? - Eine Frage nach gesellschaftlichen Werten drängt sich auf

### - Diskussion darüber, was „Gutes Leben“ bedeutet

78% der Befragten geben an, die Regierung müsse eine breite Diskussion darüber in die Wege leiten, was unter „gutem Leben“ zu verstehen ist. Sie stimmen folgender Aussage, die nur von 4% der Teilnehmenden abgelehnt wird: *„Die Regierung*

*muss eine breite Diskussion darüber in die Wege leiten, wie wir uns ein „gutes Leben“ in Luxemburg für die jetzige und die kommenden Generationen vorstellen und was heute unternommen werden muss.“* Nur 4% teilen diese Meinung nicht (15% stimmen ihr weder zu, noch lehnen sie sie ab, 4% wissen es nicht).





## - Diskussion darüber führen, was "Gutes Leben" bedeutet

Doch welches ist die Erwartungshaltung der Befragten? Wie definieren sie „gutes Leben“. Wie stehen sie zu folgender Aussage: „Wir sollten neue Wege gehen und überlegen, wie „gutes Leben“ aussieht. Für mich sind Solidarität und Miteinander, gute Arbeitsbedingungen, ein attraktives Wohnumfeld wichtiger als materieller Reichtum.“ 74% stimmen dieser Aussage zu, nur 6% lehnen sie ab (17% stimmen weder zu noch lehnen sie sie ab, 3% wissen es nicht).

Eine klare Ansage: An der „Wertediskussion“ wie wir uns „gutes Leben“ vorstellen führt kein Weg vorbei.

Die nächste Regierung muss eine Diskussion über diese so wichtige Einstellung, die prägend für die Orientierung der Politik ist, in die Wege leiten.



## Die Prioritäten der Befragten

Eine Redensart lautet: „Unsere Kinder sollen es einmal besser haben als wir.“ „Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?“ so die Einführung zu einem weiteren wichtigen Themenbereich in der Umfrage.

In der ökologischen Transition dreht sich vieles darum, wie die Menschen / die Teilnehmenden „gutes Leben“ definieren, welche Welt sie den kommenden Generationen hinterlassen wollen.

Die Einschätzung der Teilnehmenden von vier vorgegebenen Aussagen ist dabei besonders interessant:

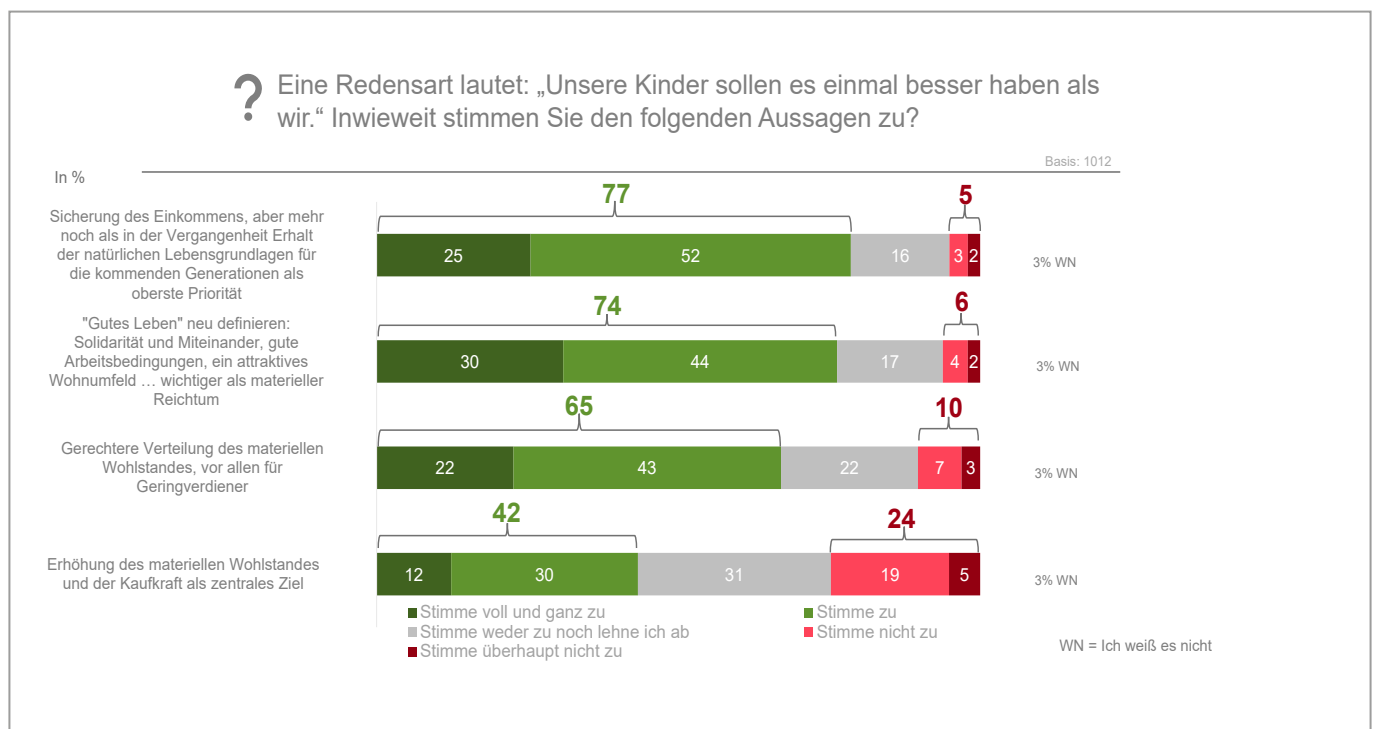
### - Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen für die kommenden Generationen in den Fokus rücken

77% der Befragten treten für ein gesichertes Einkommen ein, finden aber auch, dass dem Erhalt der natürlichen

Lebensgrundlagen eine weitaus höhere Priorität eingeräumt werden muss. Sie stimmen folgender Aussage zu: „Die Politik muss für ein gesichertes Einkommen sorgen. Sie muss aber mehr noch als in der Vergangenheit den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen für die kommenden Generationen als oberste Priorität haben.“ Nur 5% lehnen die Aussage ab, 16% lehnen sie weder ab noch stimmen sie ihr zu.



Das Resultat ist eindeutig: Den Menschen ist ein gesichertes Einkommen wichtig, dies muss weiterhin ein politisches Ziel sein. Doch die Thematik des Erhalts des natürlichen Lebensgrundlagen gewinnt an Bedeutung und genießt eine Priorität.



**- Bedeutung eines "Gutes Lebens" auch für die kommenden Generationen: weitaus mehr als materielle Güter**

74% stimmen der Aussage zu, es müssten neue Wege begangen werden, wie "gutes Leben" aussieht: "Wir sollten neue Wege gehen und überlegen, wie „gutes Leben“ aussieht. Für mich sind Solidarität und Miteinander, gute Arbeitsbedingungen, ein attraktives Wohnumfeld wichtiger als materieller Reichtum." Nur 6% vertreten eine andere Meinung und lehnen diese Aussage ab. 17% stimmen ihr weder zu noch lehnen sie sie ab, 3% wissen es nicht.

*Die Grundhaltung der absoluten Mehrheit der Menschen ist, so zumindest ergibt es die durchgeführte Umfrage, eindeutig: Miteinander, Solidarität und Erhalt der Lebensgrundlagen sind wichtiger als materieller Reichtum.*

*Ein eindeutiger Handlungsauftrag an die Politik.*



**- Wie den Wohlstand gerecht verteilen?**

42% stimmen der Aussage zu, der materielle Wohlstand für alle solle erhöht werden: "Der materielle Wohlstand soll für alle weiter erhöht werden. Unsere Kinder sollen sich generell mehr leisten können. Deshalb soll alles getan werden, um die Löhne für alle zu steigern, die Kaufkraft zu erhöhen usw." 25% teilen diese Aussage nicht. Ein im Verhältnis zu anderen Fragen sehr hoher Anteil von 31% der Teilnehmenden stimmt der Aussage weder zu, noch lehnt er sie ab. 3% geben an es nicht zu wissen.

65% treten für eine gerechtere Verteilung des Wohlstandes ein, nur 10% stimmen folgender Aussage nicht zu: "Ich finde es wichtig, dass der materielle Wohlstand gerechter verteilt wird und vor allem die finanziellen Mittel von Geringverdiener:innen erhöht werden." (22% stimmen ihr weder zu, noch lehnen sie sie ab, 3% wissen es nicht). D.h. weitaus mehr Menschen treten für eine gerechtere Verteilung ein und möchten einen Schwerpunkt auf Geringverdiener:innen legen.



*Die Mehrheit tritt demnach für eine gerechtere Verteilung des Reichtums ein, vielen Menschen (wenn auch keine Majorität) tritt dafür ein, dass die Löhne für alle ansteigen sollen.*



# Fazit der ILRES-Umfrage aus der Sicht des Mouvement Ecologique



Der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, die Durchgrünung der Ortschaften, die Förderung des Miteinanders statt materieller Güter, die Reduktion der Abhängigkeit vom Wachstum, finanzielle Anreize bzw. öffentliche Gelder zielführend verwenden...: Dies sind zentrale Erwartungen vieler Befragten.

*Die grundsätzlichen Aussagen dieser Umfrage stellen nach Ansicht des Mouvement Ecologique einen eindeutigen Handlungsauftrag für die Regierung dar, die notwendigen grundsätzlichen politischen Richtungsentscheidungen zu treffen und Prioritäten festzulegen. Die Austarierung der Instrumente, zur konkreten Umsetzung der Ziele, müsste das weitere prioräre Ziel der Regierung sein.*

Die durchgeführte Umfrage ist äußerst aufschlussreich. Dabei ergibt sich ein klarer Handlungsauftrag an die kommende Regierung:

- Der **Biodiversitäts- und der Klimaschutz liegen einer Mehrzahl der Menschen sehr am Herzen**. Über diese Themen muss noch mehr gesprochen werden. Zudem muss ihnen ein sehr hohen Stellenwert in politischen Entscheidungen eingeräumt werden und in „strittigen“ Fällen ein **größerer Wert als Infrastrukturprojekten** (z.B. Wohnungs- und Straßenbau). Es wird dabei erwartet, dass **Krisen nicht gegeneinander ausgespielt** werden, gerade die Biodiversitäts- (und die Klimakrise) müssten angegangen werden, dies auch in Zeiten multipler Krisen.
- Aufgrund der Erfahrungen in Krisenzeiten ist es an der Regierung, Wege auszuloten, um die **Luxemburger Wirtschaft so weit wie möglich unabhängiger vom Weltgeschehen** zu gestalten. So manch einer tritt darüber hinaus dafür ein, das **heutige Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell tiefgreifender** zu überdenken.
- Auf **fiskalischer Ebene** erwarten die Menschen eindeutig einige Kurskorrekturen am heutigen System und erwarten sich im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung von der Regierung
  - \* die Durchführung einer nachhaltigen Steuerreform;
  - \* einen Abbau umweltschädlicher Subventionen;
  - \* eine stärkere Besteuerung klima- und umweltschädlicher Produkte.
- Die **Bedeutung der Landesplanung** wird zudem anerkannt und zumindest in einzelnen Punkten die **Gemeindeautonomie** kritisch hinterfragt, staatlicherseits sollte durchaus ein gewisser Rahmen abgesteckt werden.
- Die **Durchgrünung der Ortschaften** soll vorangetrieben werden, da zahlreiche Befragte diese u.a. in Zeiten des Klimawandels derzeit als unzureichend erachten. Dabei sind die Menschen, was die „Konkurrenz“ zwischen Durchgrünung und Autoverkehr betrifft, ambivalent. Aber: die Zustimmung für Durchgrünungsmaßnahmen auch auf Kosten des Autoverkehrs ist höher als umgekehrt. Zudem treten die Teilnehmenden dafür ein, dass die Durchgrünung **stärker gesetzlich reguliert** und **weitaus mehr unternommen** wird als bisher.
- Was die **Wachstumsfrage** anbelangt, die nach Ansicht des Mouvement Ecologique von der Regierung weitaus nuancierter angegangen werden muss, als dies in der Vergangenheit der Fall war - sind die Befragten etwas ambivalent. Die Mehrheit sieht die **Grenzen des Wachstums**; eine zwar geringere, aber immer noch hohe Anzahl denkt aber, Wachstum sei zur Sicherung des Wohlstandes notwendig. **Größte Sorgen** als Konsequenz des Wachstums bereitet der Wohnungsbau sowie die öffentlichen Infrastrukturen und Einrichtungen. Wobei an zweiter Stelle die Sorge steht, es würden - über die Grundbedürfnisse hinaus - **zu einseitig materielle Werte verfolgt, statt der sozialen Aspekte**. Vor allem letztere Aussage dürfte für die Politikgestaltung besonders relevant sein.
- Von besonderer Relevanz ist, dass die Meinung vorherrscht, **die Politik könne das Wachstum steuern**: So erachten die Menschen durchaus die **Zusammenarbeit in der Großregion** als wichtig und stimmen in der großen Mehrheit lediglich einem **Wachstum in ökologischen Branchen** zu. Zudem erwarten sie, dass eine **gute Organisation des Wachstums** die negativen Folgen abfedern kann und die Politik entsprechend aktiv werden muss.

- In der Konsequenz tritt auch eine sehr hohe Mehrheit dafür ein, die **Finanzierung des Sozialsystems unabhängiger vom Wachstum** zu gestalten.
- Grundsätzlich stimmen die Menschen einem **Mix an Instrumenten** zu: Sie erwarten sich sowohl finanzielle Hilfestellungen, aber auch Regeln und Vorgaben, um notwendige Verhaltensänderungen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung herbei zu führen. Dabei sind die Teilnehmenden bereit in **hohem Ausmaß ihre Verantwortung** zu übernehmen.
- Äußerst relevant ist nach Ansicht des Mouvement Ecologique die Tatsache, dass die Menschen sicherlich den **technischen Fortschritt** als wesentlich erachten, aber zu einer sehr großen Majorität der Meinung sind, er alleine reiche nicht aus um die Klima- und Biodiversitätskrise zu bekämpfen. Es wären zudem **Mentalitätsveränderungen in den Köpfen der Menschen** erforderlich.,.
- Besonders wesentlich ist nicht zuletzt auch der Aspekt, dass sich zahlreiche Menschen in der Gesellschaft eine **Wertediskussion** wünschen. Eine sehr große Mehrheit erwartet sich von der Regierung eine Diskussion darüber, wie wir „gutes Leben“ heute und in Zukunft definieren sollen. Danach gefragt, was für sie „**gutes Leben**“ bedeutet, steht - neben der sozialen Absicherung - das Miteinander, ein soziales Umfeld u.a.m. im Fokus, und weniger der materielle Konsum. Die Mehrheit der Befragten tritt zudem für eine **gerechtere Verteilung des Wohlstandes** ein, aber zudem – auch wenn dies nicht die Mehrheit der Befragten betrifft – für eine weitere Steigerung des materiellen Wohlstandes für alle. In diesem Themenbereich sind die Teilnehmenden durchaus ambivalent.

Aufgrund der Erkenntnisse dieser Umfrage lässt sich ableiten: Viele Bürger:innen sind grundsätzlich bereit und treten dafür ein zentrale Zukunftsthemen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung anzugehen: An den Politiker:innen diese Bereitschaft zu nutzen und zu gestalten.

Eine Politik, die wegen vermeintlicher kurzfristiger Zwänge diese Aspekte ausklammern würde, stünde dazu im Widerspruch.



**Weitere Informationen zur  
Umfrage sowie zum Mouvement Ecologique auf  
[www.meco.lu](http://www.meco.lu)**